

Schweizer Kantonsregierungen unter der Lupe

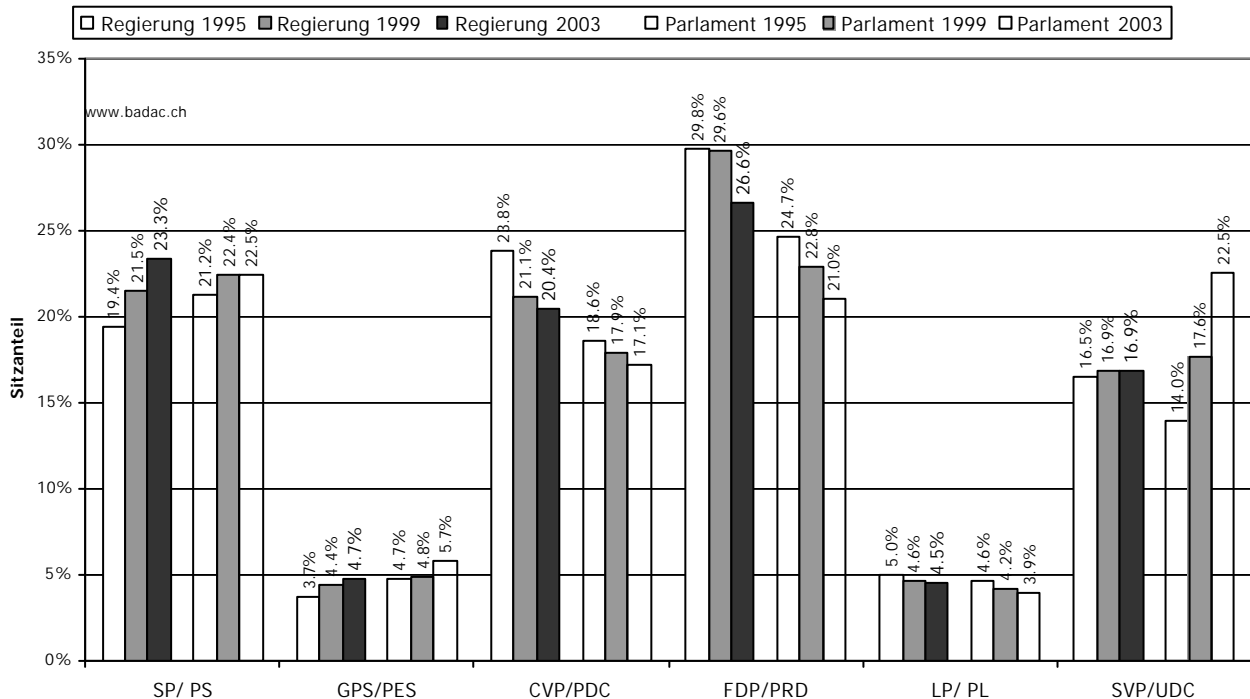
Die SVP bleibt meistens draussen

Trotz Sitzverlusten in den Kantonen sowie in den letzten nationalen Wahlen bleibt die FDP die wichtigste kantonale Regierungspartei, gefolgt von SP und CVP. FDP und CVP sind in den Kantonsregierungen gegenüber den Parlamenten übervertreten. Gleich wie der Bundesrat haben bis ins Jahr 2003 25 der 26 Kantone Regierungsprogramme eingeführt; sechs Kantone kennen eine leicht hierarchisierte Regierung mit besonderer Stellung eines Regierungschefs, wie sie für den Bundespräsidenten diskutiert wird.

Wie auf Bundesebene haben SVP und – in einem geringeren Ausmass - Grüne die kantonalen Parlamentswahlen der vergangenen vier Jahre gewonnen. Die SVP konnte sich seit 1999 von 400 auf 560 Mandate steigern, die Grünen gewannen 15 Sitze hinzu und haben jetzt 131 Sitze. Gemäss *BADAC-Index der kantonalen Parlamentsmacht* (siehe Kasten, S. 4) ist die SVP mit 22,5% (+4,9% gegenüber 1999) neu stärkste kantonale Parlamentspartei, gleich wie die SP (22,5%; +0,1%). Die frühere Nummer 1, die FDP, kommt nur noch auf 21,0% (-1,8%) der kantonalen Parlamentsmacht, die CVP auf 17,1% (-0,8%). Die Grünen steigern sich auf 5,7% (+0,9%).

Doch die Stärkeverhältnisse in den Parlamenten finden in den Exekutiven keine Entsprechung. Dies zeigt der *BADAC-Index der kantonalen Regierungsmacht* (G1). Nur in 11 der 26 Regierungen ist die SVP überhaupt vertreten. Sie stagniert bei 16,9%, deutlich hinter FDP, SP und CVP.

G1 Index der kantonalen Regierungs- und Parlamentsmacht 1995-2003*



*Methode: s. T1 in Anhang

Quelle: BADAC/Idheap (mit OFS/IPW-Bern).

NB Die Indices Parlamente 1995-2003 sowie Regierungen 1995 müssen ohne die beiden Appenzell berechnet werden.

Im Vergleich zu 1999 hat die SP am stärksten Regierungsmacht gewonnen. Sie rangiert gemäss BADAC-Index der kantonalen Regierungsmacht bei 23,3% (+1,8%) und hat die CVP (20,4% / -0,7%), mit der sie 1999 noch gleichzog, klar distanziert. FDP und CVP sind in den Kantonsregierungen stärker vertreten als in den Parlamenten. Besonders die FDP musste in den letzten vier Jahren aber bedeutungsvolle Regierungsmandate abgeben, sie ist mit 26,6% (-3%) aber immer noch die wichtigste Regierungspartei in den Kantonen. Die Grünen haben 4,7% (+0,3%) der kantonalen Regierungsmacht, die Liberalen 4,5% (-0,1%).

Damit setzt sich ein seit 1995 anhaltender Trend fort: Die SVP macht massive Gewinne in den Parlamenten, doch die Regierungssitze, die FDP und CVP verlieren, kommen der Linken zu Gute. Alle kantonalen Regierungen werden vom Volk gewählt, in 24 von 26 Kantonen nach dem Majorz-Wahlverfahren, wie es die SVP für den Bundesrat vorschlägt. Diese sind von der Bekanntheit der Kandidierenden und Parteienbündnissen geprägt. Im freiwilligen Proporz, der in den Kantonen angewandt wird, gestehen die Mehrheitsparteien den Minderheiten eine bestimmte Anzahl Sitze zu. Doch die SVP kommt trotz freiwilligem Proporz zu kurz. Sie hat zu wenig erfahrene Personen, das Vertrauen der Wählerschaft in die SVP ist zu gering und ihr politisches Profil schränkt die Bündnismöglichkeiten mit den anderen Parteien ein.

Sehr unterschiedliche Ausprägung der Konkordanz

Der "freiwillige Proporz" führt in den Kantonen zu sehr breit abgestützten Konkordanzregierungen unter Einbezug von Minderheitsparteien, ähnlich dem Bundesrat. Die Regierungsparteien stützen sich in der Regel (Medianwert) auf 84% (1999: 86%) der Parlamentssitze. Dies entspricht etwa dem Konkordanzgrad des Bundesrates (1999: 86,5%, nach den Wahlen 2003 zählen die traditionellen Bundesratsparteien 85,5%).

Besonders umfassende Regierungen kennen heute die Kantone Wallis, Zug und Graubünden, wo jeweils 96% des Parteienspektrums des Parlamentes in der Regierung vertreten sind. Besonders tiefe Konkordanzwerte hat der Kanton Genf (65%), gefolgt von Basel-Stadt, St. Gallen und Obwalden um jeweils 72%. Appenzell Innerrhoden ist der einzige Kanton, in dem nur eine Partei (die CVP) in der Regierung vertreten ist; doch beschränkte Konkordanz mit nur zwei Regierungsparteien gibt es ferner in AR, OW, UR.

Vierjähriges Regierungspräsidium in Appenzell Ausserrhoden und Glarus

In einigen kleinen Deutschschweizer Kantonen unterscheidet sich die Exekutive von der Landesregierung jedoch durch eine stärkere Stellung des Regierungspräsidiums. Der Glarner und der Appenzell Ausserrhodener Landammann amten vier Jahre, beide werden an der Landsgemeinde respektive vom Volk gewählt, doch in beiden Kantonen ist gleichzeitig das Kollegialitätsprinzip durch die Verfassung vorgeschrieben.

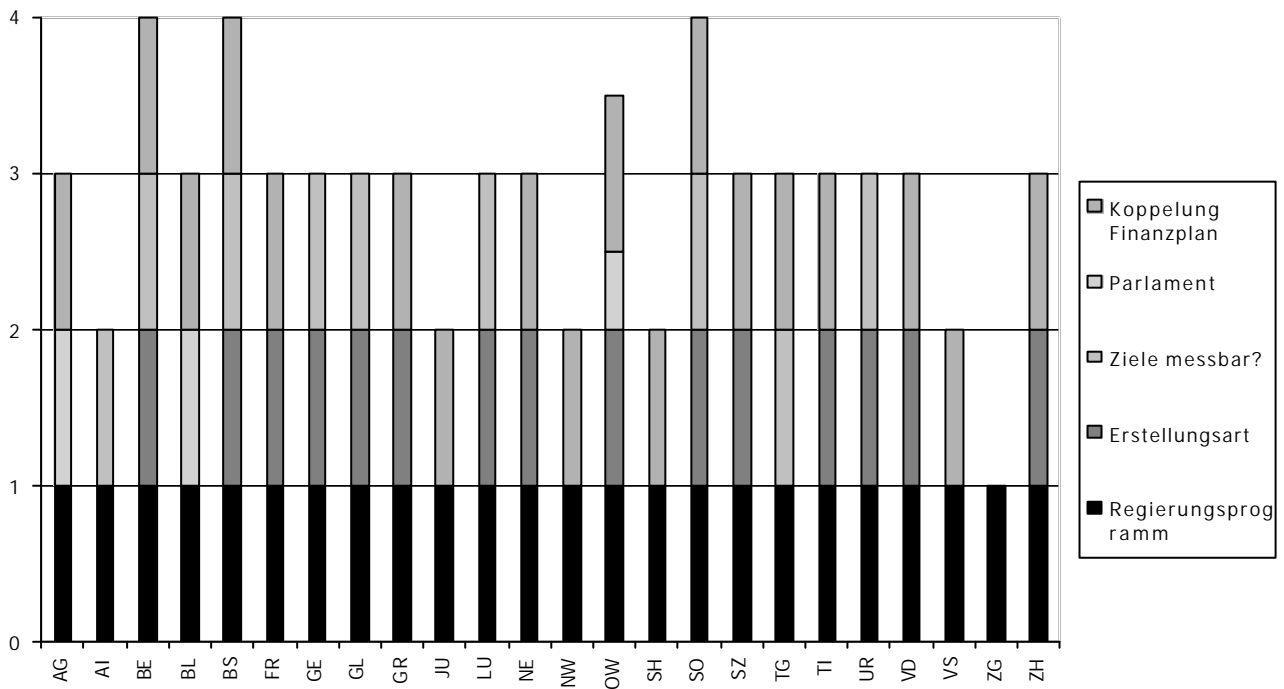
In Uri und Innerrhoden kann der vom Volk gewählte Regierungspräsident immerhin zwei Jahre amten. Der Schwyzer und der Zuger Regierungschef werden vom Parlament gewählt, amten aber zwei Jahre, ähnlich dem in den eidgenössischen Parlamentskammern diskutierten Modell für den Bundesrat. Der Kanton Waadt ist der erste grössere Kanton, der in der neuen Verfassung ein fünfjähriges Regierungspräsidium vorsieht.

Heute kennen 25 der 26 Kantone Regierungsprogramme

Gleich wie im Bundesrat beruht die Zusammenarbeit der kantonalen Regierungen nur auf Legislaturprogrammen, nicht aber auf Koalitionsverträgen. Als bislang letzte Kantone führten gemäss BADAC-Erhebung über die kantonalen Verwaltungen Glarus sowie (im laufenden Jahr) Appenzell Ausserrhoden ein Regierungsprogramm ein, einzig der St. Galler Regierungsrat regiert nach Auskunft der Staatskanzleinoch ohne Programm.

Der Bundesrat verabschiedet alle vier Jahre die Richtlinien der Regierungspolitik - als übergeordneten Rahmen für die Jahresziele. Das Programm ist aber kein starkes Führungsinstrument: Es ist mit den Parteien nicht abgesprochen und dem Parlament fehlt ein Mitspracherecht. Auch in den meisten Kantonen wird das Programm dem Parlament bloss zur Information vorgelegt; einzig in Aargau und Baselland kann es Änderungen am Programm anbringen, in Obwalden immerhin zustimmen oder es ablehnen.

G2 Stärke der Regierungsprogramme in den Kantonen 2001
(BADAC-Index Regierungsprogramm)*



*Methode: s. T2 in Anhang.

NB AR und SG hatten 2001 kein Regierungsprogramm

Quelle: BADAC / EKAV02

Gemäss BADAC-Index kennen die Kantone Bern, Basel-Stadt und Solothurn besonders starke Regierungsprogramme: das Programm wird top-down erstellt, ist mit dem Finanzplan gekoppelt und die Ziele sind messbar (G2). Ein schwaches Programm kennt hingegen der Kanton Zug, wo keines dieser Kriterien zutrifft.

BADAC-Index der kantonalen Regierungs- und Parlamentsmacht

Der dieses Jahr erstmals berechnete BADAC-Index der kantonalen Regierungsmacht erfasst die Bedeutung der Schweizer Parteien in den kantonalen Regierungen. Als Basis dient der Sitzanteil der Parteien in den Kantonsregierungen, wobei dank Gewichtung mit der Wohnbevölkerung grosse Kantone das nötige Gewicht erhalten. Analog berechnet sich der BADAC-Index der kantonalen Parlamentsmacht, der 24 Kantone (ohne die beiden Appenzell) umfasst und Vergleiche mit dem Nationalrat erlaubt.

Sie können diese Medienmitteilung und die zu Grunde liegenden Zahlen und Diagramme auf unserer Homepage www.badac.ch (nebst einer Fülle weiterer Daten zu den Kantonen und Städten der Schweiz) in der Rubrik «Information» elektronisch abrufen.

Für Ihre Fragen können Sie gerne Prof. **Pascal Sciarini** (Tel. 021 694 07 60; pascal.sciarini@idheap.unil.ch) oder Dr. **Christophe Koller** (Projektleiter, 021 694 07 67; christophe.koller@idheap.unil.ch) kontaktieren.

NB BADAC: Datenbank über die Schweizer Kantons- und Städteverwaltungen (www.badac.ch)

27/11/2003, dab, ck.